

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Bürgerkasse wichtiger als Staatskasse

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler

Lieber Christian, schwierig, schwierig. Deine Wette nehme ich gerne an. Aber nur, weil sie erst im Jahr 2013 fällig werden soll. Du bist ja dann immer noch Oberbürgermeister und wirst einen alten, wegen Wett-schulden verarmten Advokaten nicht abweisen, wenn er um eine Suppe bittet.

Bekanntlich soll man ja Voraussagen vermeiden, „vor allem solche über die Zukunft“ (George Bernard Shaw). Aber Du hast es gewagt, und ich lese Deine Prognose so, dass die von unseren CSU-Leuten versprochene Steuersenkung Deiner Erwartung nach geringer ausfallen wird als das, was beim letzten Mal mit der Mehrwertsteuer-Erhöhung zusätzlich abkassiert wurde. Das klingt nicht unwahrscheinlich – mindestens so wahrscheinlich wie die vielen Prognosen über ein Zusammengehen von SPD und Linkspartei bis 2013: Wenn sich dazu eine Mehrheit bietet und Frank-Walter Steinmeier – sagen wir einmal – durch den wunderbaren Klaus Wowereit ersetzt wird. Sei doch kein Spielverderber und lass uns auch darüber

wetten – sofern Du wirklich anderer Meinung bist – nur so zum Spaß. Allerdings setzt diese ganze Wetterei voraus, dass SPD und Union das Jahr 2013 erleben, zumindest in einem vorzeigbaren Prozent-Korridor als „große Volksparteien“ werkeln können. Nicht zerbröseln, wie es in den 90er-Jahren den italienischen Sozialdemokraten und den Democristiani ergangen ist. Genau das wird aber passieren, wenn sich die Leute von unseren Volksparteien abwenden. Und sie werden sich abwenden, wenn – wie diese Zeitung gestern auf der Seite 1 berichtet hat – weiter „Normalverdiener hierzulande so stark mit Steuern und Sozialabgaben belastet werden wie in kaum einem anderen Industrieland“. Unter den 30 OECD-Ländern kommt Deutschland auf den zweithöchsten Wert, wie aus einer in Berlin vorgelegten Studie hervorgeht. Nur in Belgien ist die Belastung noch höher.

Noch mal – lieber Christian – das müssen wir ändern. Und auch die SPD sollte das ändern wollen. Die Linkspartei will das natürlich nicht ändern, weil es ihrer Philoso-

phie widerspricht. Aber sollte sie tatsächlich in Deutschland ans Ruder kommen, wird sie an dieser Philosophie – denen, die etwas haben, wird abgenommen, bis es kracht – scheitern. So wie bis 1989 ihre Vorgänger in der DDR auf grausame Weise gescheitert sind. Bürgerkasse ist wichtiger als Staatskasse. (Dass es gegen diese Einsicht auch zähen Widerstand bei Fiskalisten in der CDU gibt, ist bekannt.) Aber weil Du mich auf den vermeintlichen Widerspruch zur Steuerpolitik „in den wahrhaft fetten Jahren der Hochkonjunktur“ hingewiesen hast – also ausgerechnet jetzt Steuersenkungen zu verlangen, noch mal: Der Staat darf gerade in mageren Jahren den Leuten nicht so viel Geld abnehmen wie vorher. Vor allem nicht, wenn er die Kauf- und Investitionslaune seiner Bürger gewaltig steigern will und muss.

Über die Konjunkturprogramme 1 und 2 haben wir uns ja zur Genüge ausgetauscht. Zu allem, was man jetzt weiß, gehört doch auch die Erkenntnis, dass nachfrageseitige Konjunkturmaßnahmen nicht unbedingt zur Lösung von angebotsseitigen Strukturproblemen der Volkswirtschaft beitragen, sondern diese möglicherweise sogar verschärfen können. Mehr will man dazu als einer, der diese Programme mitbeschlossen hat, gar nicht sagen müssen.

Und noch etwas: Die Links-Koalition ist im bundesdeutschen Wahl-Toto der eine Tipp, der andere ein schwarz-gelbes Bündnis zwischen Union und FDP. Oder als Drittes irgendetwas Gemischtes von Schwarz oder Rot mit FDP und Grünen. Aber es gibt noch ein Viertes: Dass die jetzige Koalition der immer noch großen Volksparteien fortgesetzt wird. Obwohl alle darüber schlecht reden, und weil diese zweite Große Koalition unserer Zeitgeschichte so schlecht gar nicht war. Was ich befürchte

ist, dass jetzt wieder so viel gewahlkämpft und in den nächsten Monaten so viel Porzellan zerschlagen wird, dass ein sinnvolles Zusammenwirken unmöglich wird. Das aber ist nicht im Interesse des Landes. Gerade wenn in einigen Monaten das Kurzarbeitergeld ausgelaufen und die eigentliche Krise da sein wird.

Eigentlich wollte ich noch etwas zur Reise von Papst Benedikt ins Heilige Land schreiben. Und warum dieser bedeutendste Sohn unter den Lebenden unseres Volkes so angefeindet wird. Immer wieder. Zur Aufklärung dieser Frage könnten wir beide vielleicht einen kleinen Beitrag leisten. Sofern das aktiven deutschen Politikern überhaupt möglich ist. Aber ich bin Dir vom letzten Mal noch eine Antwort zu Christine Haderthauer schuldig. Also: Sei unbesorgt. Christine Haderthauer hat die Wahl-niederlage der CSU vom letzten Jahr wirklich gut überlebt. An ihrer kritischen (?) FJS-Bemerkung kann sie nicht scheitern. Minima non curat praetor – Übersetzung beim nächsten Mal.

Dein alter Brieffreund
Peter Gauweiler